

V0611/24

1. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums, Jesuitenstr. 10, 85049 Ingolstadt;

Genehmigung des Gesamtraumprogramms sowie des Teilraumprogramms für den Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau);

Programmgenehmigung

2. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Apian-Gymnasiums, Maximilianstr. 25, 85051 Ingolstadt;

Start LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann, Frau Wittmann-Brand)

Antrag:

1. Der **Generalsanierung** und dem **Umbau der Gebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** sowie einem **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** am Katharinen-Gymnasium wird zugestimmt.
 - 1.1 Für das Katharinen-Gymnasium wird zur Beschulung von **50 Klassen/ Kursen (5,5 Züge)** mit interimsmäßiger Unterbringung von weiteren zwei Klassen/ Kursen ein **Gesamtraumprogramm** von ca. 8.560 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
 - 1.1.2 Teilraumprogramm für den **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** mit Flächen für die Fachräume Musik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie, Natur und Technik) von ca. 1.630 m² NUF 1-6.
 - 1.1.3 Raumprogramm der **Bestandsgebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich und Flächen für die offene Ganztagsbetreuung von ca. 6.930 m² NUF 1-6.
 - 1.2 Für einen Küchen- und Speisenbereich stehen in den Bestandsgebäuden keine Flächen zur Verfügung. Die **Mittagsverpflegung** soll weiterhin über die Nutzung der benachbarten zentralen Schülermensa der Katholischen Canisiusstiftung, Fechtgasse 2, 85049 Ingolstadt sowie ein Mittagsverkauf über den extern verpachteten Pausenverkauf am Katharinen-Gymnasium erfolgen.
 - 1.3 Einer Neugestaltung/ Aufwertung/ Nutzbarmachung von **Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pausenhof und Dachflächen)** wird zugestimmt.
 - 1.4 Für das **Katharinen-Gymnasium** wird ein Sportanlagenraumprogramm für **3 Übungseinheiten** (57,9 Sportklassen) unter Berücksichtigung der Nutzung des Sportbades genehmigt:

Hallensportanlage

Katharinen-Gymnasium (2 Übungseinheiten)

im Bestand

mit Betriebsräumen (Generalsanierung

und Umstrukturierung)

Bezirkssportanlage Mitte (Nutzung 1 Übungseinheit) im Bestand mit Betriebsräumen

Freisportanlagen

Am Katharinen-Gymnasium stehen keine Freisportanlagen zur Verfügung und können dort auch nicht untergebracht werden. Die Freisportanlagen mit Betriebsräumen sollen weiterhin an der benachbarten Bezirkssportanlage Mitte genutzt und nachgewiesen werden. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freisportanlagenkonzepts mit der Regierung von Oberbayern für die in die Bezirkssportanlage Mitte eingewiesenen Schulen bzw. der innerstädtischen Schulen beauftragt.

- 1.5 Für die Generalsanierung, Umbau und Ersatzneubau des Gebäudes C des Katharinen-Gymnasiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 10 Mio. € für Planungskosten genehmigt. Die Finanzmittel wurden bei der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium - Sanierung und Erweiterung) im Haushalt und Investitionsprogramm 2025 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahmen ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
 - 1.6 Der Beauftragung von Planungsleistungen LPH 1 bis LPH 2 bis zur Projektgenehmigung wird zugestimmt.
 - 1.7 Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die erforderlichen Finanzmittel sind in den unter 1.5 genannten Beträgen enthalten und wurden in Höhe von 100.000 € auf der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium – Generalsanierung) zum Haushalt 2025 angemeldet.
2. Zur Vorbereitung der Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des **Apian-Gymnasiums** wird die Verwaltung beauftragt mit der LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept zu beginnen und diese dem Stadtrat zur Programmgenehmigung vorzulegen.

Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	28.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.12.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 28.11.2024

Stadträtin Leininger verweist auf die ausführliche Diskussion im Kulturausschuss und merkt an, um die Bedenken des Stadtrates zu verstehen, die Vergangenheit betrachtet werden müsse. Der Vorschlag des Kulturausschusses den Antrag zurück in die Fraktionen zu verweisen fand keine Mehrheit und insofern erfolgte auch keine positive Abstimmung. Stadträtin Leininger merkt an, dass bis Herbst die Vorlagen zum Katharinen-Gymnasium immer mit dem Begriff Sanierung betitelt worden sei. Weiter verweist sie darauf hin, dass im

Jahr 2023 sowohl das Katharinen-Gymnasium, als auch das Apian-Gymnasium ganz oben auf der Prioliste der Bauinvestitionen stand. Hierzu gibt es auch eine einstimmige Beschlussfassung. Die aktuelle Vorlage beinhaltet nun die Generalsanierung plus eines Ersatzneubaus und den Abriss des Gebäudes C. Insofern stelle sich die Frage, wann sich diese Änderung ergeben habe. Sie merkt an, dass daraus dieses Unbehagen entstanden sei. Stadträtin Leininger bemängelt, dass der Stadtrat weder darüber informiert, noch in diese Überlegungen, mit einbezogen worden sei. Diese Überlegungen beinhalten auch die Kosten von nun 110 Mio. Euro. Hinsichtlich dieser hohen Summe hätten auch Überlegungen für den Bau eines weiteren Gymnasiums getroffen werden können. Für Stadträtin Leininger sei die Antwort des Kultusministeriums klar, dass dies nicht genehmigt werde. Aber ab dem Punkt der Sanierung, hätte man eine andere Ausgangslage gehabt. Nochmals verweist sie auf die 110 Mio. Euro für diese Maßnahme und die Dauer von zehn Jahren. Die Erfahrung zeige, dass eine Preissteigerung von einem Drittel in zehn Jahren keine Überraschung sei. Es komme noch hinzu, dass diese Maßnahme keine Entspannung bei den Schülerzahlen mit sich bringe. Sie sei selbstverständlich dafür, dass Schulen gut ausgestattet seien. Auch wenn 110 Mio. Euro investiert werden, gebe es keine Entspannung bei den Schülerzahlen. Dies bedeute auch, dass ab dem nächsten Schuljahr 2025/26 sukzessive aufsteigend, Schüler aus den Landkreisen abgewiesen werden müssen, da dies ansonsten nicht funktioniere. Insofern stelle sich schon die Frage, ob man in diesen Zweckverband Gymnasium einsteige und mit wie viel Ingolstadt dort beteiligt werde. Bei einem Nein stelle sich die Frage, ob dies eine unfreundliche Geste gegenüber dem Landkreis sei. Dies hätte bereits bei dem von Stadträtin Leininger angesprochenen Punkt diskutiert werden müssen. Nun sei der Handlungsdruck hoch. Diese bildungspolitischen und stadtplanerischen Fragen hätten geklärt werden müssen. Nun werde man mehr oder weniger vor die vollendete Tatsache gestellt. Wenn man nun dagegen stimme, stimme man gegen ein Gymnasium, das einen dringenden Sanierungsbedarf habe. Nach den Worten von Stadträtin Leininger seien hier zu viele Fragen offen, damit eine Zustimmung erfolgen könne. Sie regt an, dies zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen. Es solle nochmals gründlich im Stadtgebiet geprüft werden, ob es ein Grundstück dafür gebe. Sie bittet um Erläuterung von Herrn Hoffmann, wo man von der Sanierung in diese Großmaßnahme abgelenkt sei.

Herr Hoffmann merkt an, dass man nicht ganz so brutal wie beschrieben, abgelenkt sei. Denn dies sei eine Missachtung gegenüber dem Gremium, was weder auf der Bauverwaltungs- noch auf der Schulverwaltungsseite gewollt worden sei. Herr Hoffmann erläutert die Schritte. Aus einem ganz anderen Blickwinkel heraus sei das strategische Immobilienmanagement für die Schulbauten aufgesetzt worden. Hier sei der aktuelle Wert der Schule und der Neubauwert, bzw. was man investieren müsse, um den Sollzustand wieder zu erreichen, betrachtet worden. So entstand die erste Zahl beim Katharinen Gymnasium. Der Neubau sei keine Sanierung, sondern ein Zubau. Hier habe man von der Schulverwaltung gehört, dass man mit der Herstellung des Sollzustandes zu kurz springe. Dies hätte man machen können, wenn man irgendwo Schulkapazitäten frei hätte. So habe Herr Hoffmann den Auftrag verstanden, der lautete, eine Schule zu planen, die ein paar Dinge mehr könne. Heute gehe man den ersten Schritt in einer Programmgenehmigung. Der Stadtrat werde informiert, dass der Projektumfang neben der reinen Sanierung deutlich größer ausfalle, als ursprünglich angedacht. Hierzu verweist Herr Hoffmann auf seine Ausführungen im Kulturausschuss. Zum einen handelt es sich um den Zubau, der bei 20 Mio. Euro liege und dann kämen auch noch Kosten für die notwendige Auslagerung hinzu. Hier könnten die Kosten noch etwas reduziert werden, wenn man auf Dauer das Ignatius Haus nutzen oder andere Flächen finden könne. Weiter verweist er auf die vielen Verkehrsflächen im Katharinen Gymnasium die man nutzen könne. Er betont, dass man dies nach Bauordnung nur wenn sie förderfähig seien, tun könne. Hier gebe es aber andere Anforderungen und deshalb gebe es diese Diskrepanz von 55 Mio. Euro, die damals genannt worden seien. Die Sanierung des Altbaus müsse in zwei Abschnitten erfolgen, so dass man immer Schüler im Gebäude haben werde.

Frau Bürkl verweist auf die Vorstellung des Auslegungskonzeptes für die Gymnasialentwicklung im Kulturausschuss. Bei Auslegung der verschiedenen Gymnasien können 6.300 Plätze geschaffen werden. Bei Abzug der in den Landkreisen zur Verfügung stehenden Kapazitäten, ergebe sich ein neues Gymnasium von etwa bis zu vier Zügen. Im Gymnasialkonzept sei vorgestellt worden, dass in der Stadt Ingolstadt insgesamt 3,5 Züge aus dem Landkreis einpendeln. Insofern sei es zielführend, ein Gymnasium dort wo die Schüler auch seien, zu errichten. Hier sei der Landkreis Pfaffenhofen grundsätzlich als Sachaufwandsträger für seine Schulen verantwortlich. Wenn man in den Rahmenprogrammplanungen mit den Flächenbandbreiten einsteige, werde jeder Raum gesondert betrachtet und ein Konzept entwickelt. Dieses habe aber ergeben, dass nicht alles im Bestandsgebäude für ein 5,5-züiges Gymnasium untergebracht werden könne. Zur Schaffung dieser Zusatzflächen, habe ein intensiver Austausch mit den Referaten VI und VII stattgefunden. Es sei zielführend, von diesem Bestandsgebäude mit Denkmalschutz, die Technik lastigen Fachräume wie z.B. Physik und Chemie herauszunehmen. Somit sei die Sanierung einfacher und günstiger. Dieser Fachraumtrakt werde dann in einem ersten Bauabschnitt entwickelt und stehe während der gesamten Sanierung und der Auslagerungsphase für die Schüler zur Verfügung. Somit müssen keine Fachräume in den Auslagerungsflächen geschaffen werden, die wieder sehr viel Geld kosten würden. Im Bestandsgebäude werden dann überwiegend die Klassenzimmer, sowie Lehrer- und Verwaltungs- und auch die Ganztagesbetreuungsbereiche platziert, sodass möglichst wenig Technik in das Gebäude eingefügt werden müsse. Diese geplante Umsetzung sei auf dem Grundstück machbar.

Stadtrat Dr. Meyer sei selbst Absolvent des Katharinen Gymnasiums und erinnere sich an die ganzen Makel, von vor fast zwanzig Jahren. Es sei bedauerlich, dass bis heute wenig passiert sei und betont, dass diese Sanierung überfällig sei. Die Erweiterung betreffend habe er vergleichbare Bedenken. Er finde es gut, dass dies im Planungsausschuss besprochen werde, da dies städtebauliche Fragen betreffe. Dieses Denkmal befindet sich direkt neben dem Kreuztor und dies sei am prägendsten Altstadtrand. Stadtrat Dr. Meyer weist darauf hin, dass auch der Elternbeirat nicht begeistert sei. Das wichtigste für ihn sei aber, dass es keine endgültige Klärung zur Förderung vorliege. Nach Aussage von Frau Bürkl bezuschusse der Freistaat keinen Neubau. Stadtrat Dr. Meyer verweist auf die Ausführungen von Finanzminister Füracker, dass der Freistaat Bayern in diesem und im Jahr 2025 so viel Geld an die Kommunen ausgabe, wie noch nie zuvor und wisse aber, dass dies nicht ausreichend sei. Er glaube, dass der Freistaat und auch die Staatsregierung ein extremes Interesse daran habe, gerade jetzt in finanziellen schwierigen Zeiten jeden Euro Fördergelder möglichst effizient einzusetzen. Damit die immer lauter werdenden Hilferufe an die Staatsregierung nicht lauter werden. Insofern glaube Stadtrat Dr. Meyer nicht, dass die Erweiterung die wirtschaftlich sinnvollste Maßnahme sei. Am Reuchlin Gymnasium habe man gesehen, dass es sowohl städtebaulich schwierig, als auch wirtschaftlich nicht unbedingt die beste Variante sei. Eine politische Änderung der Förderrichtlinien könne schnell gehen. Stadtrat Dr. Meyer betont nochmals, dass es gerade jetzt und in den nächsten zehn Jahren darum gehe, jeden Euro möglichst zielgenau einzusetzen. Insofern stellt er den Antrag, über den Städtetag beim Ministerium hierzu eine Aussage zu der Frage einzuholen. Ansonsten sei dies für Stadtrat Dr. Meyer noch nicht entscheidungsreif und insofern beantragt er auch dies zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Dies würde nur einen Aufschub bringen, so Bürgermeisterin Kleine.

Dieser Aufschub sei mit der Hoffnung, bis dahin eine Aussage zu bekommen, verbunden. Ansonsten sei für Stadtrat Dr. Meyer keine Entscheidungsreife gegeben.

Stadtrat Achhammer verweist auf die ausführliche Diskussion im Kulturausschuss. Weiter verweist er auf das Appell von Stadtrat Dr. Schickel, dass es keine Verzögerung mehr geben solle und man möglichst schnell in die Planung komme. Stadtrat Achhammer merkt an, dass die Planung definiert in der Vorlage aufgeführt sei und Frau Bürkl und Stadträtin Leininger

weisen nun darauf hin, dass es die Schülerzahlen ermöglichen, ohne ein neues Gymnasium zu agieren. Stadtrat Achhammer sei der Meinung, dass jede Verzögerung nichts weiterbringe. Damit ein Zeichen nach außen gesetzt werde regt er eine heutige Beschlussfassung an. Die Sanierung sei die höchste Priorität des Katharinen Gymnasiums, so Stadtrat Achhammer. Auch sei die Diskussion hinsichtlich des Ersatzneubaus dringend erforderlich. Ansonsten benötige man wieder Container für die Auslagerung der Schüler, die mit hohen Kosten verbunden seien. Er bemängelt, dass dann so zweimal das Geld ausgegeben werde. Ein Thema sei der wünschenswerte Neubau, denn ein neues Gymnasium, werde nach Aussage der Regierung nicht genehmigt. Sicherlich könne man hier Nachtarocken, aber dies sei mit viel Zeit verbunden und man komme wieder nicht weiter. Stadtrat Achhammer regt an, nun einmal zu beginnen. Ein neues Gymnasium müsse in der Stadtmitte oder im Westen, wo man bereits eines in Gaimersheim habe, untergebracht werden. Auch Sportanlagen werden benötigt. Stadtrat Achhammer regt an, in die Entscheidungsreife zu kommen und die Anregungen der Verwaltung mitzugeben, damit diese das auf den Weg bringen und planen könne.

Stadtrat Dr. Schuhmann verweist auf die angesprochenen Versäumnisse der Vergangenheit von Stadtrat Dr. Meyer und merkt an, dass man von diesen nun eingeholt werde. Stadtrat Dr. Schuhmann wolle nicht, dass dies in eine Art Wahlkampf ausarte, aber hier müssen sich alle angesprochen fühlen, die die damalige Verantwortung getragen haben. Eine Sanierung sei immer hinausgeschoben worden. Zum Apian Gymnasium habe es über zehn Jahre lang, drei verschiedenen Beschlussvorlagen gegeben. Jetzt sei man an dem Punkt, dass man beim Katharinen Gymnasium dringend handeln müsse. Stadtrat Dr. Schuhmann verweist auf ein Gespräch mit Frau Bürkl. Ihn erscheinen die weiteren Zubauten am Katharinen Gymnasium im Freiraum sehr bedenklich. Wenn die Fachleute sich für die Aufbesserung der Grünanlagen aussprechen, müsse man dies hinnehmen. In der Vorlage sei aufgeführt, dass das zusätzliche Gymnasium nicht genehmigungsfähig sei. Insofern stelle sich die Frage, was man dann weitermachen wolle. Es sei nochmals eindringlich dargestellt, dass es keinen Platz für ein mögliches Gymnasium gebe. Es stelle sich die Frage, wie man dies verantworten wolle. Es müssen jetzt die Versäumnisse, die dieser Stadtrat begangen habe, behoben werden. Das was nun vorgestellt worden sei, sei aus der jetzigen Sicht sowohl im finanziellen, als auch im städtebaulichen Aspekt und in unmittelbarer Nähe zum Kreuztor schwierig. Insofern handelt es sich um eine Planung, die noch verbesserungswürdig sei. Nach den Worten von Stadtrat Dr. Schuhmann sei man momentan in einer Situation, wo es alternativlos sei, zum Beschluss zu kommen, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können.

Frau Bürkl betont, dass die Kosten für die Sanierung vom Bestandsgebäude bei fast 80 Mio. Euro liegen. Mit dem Erweiterungsbau könne mit wenig Geld das Katharinen Gymnasium auf 5,5 Züge ausgelegt werden. Wenn diese Erweiterung nicht erfolge, liege man bei ca. vier Zügen. Wenn man kein neues Gymnasium in der Stadt Ingolstadt genehmigt bekomme, fehlen dann 1,5 Züge in der Gesamtbetrachtung des Gymnasialkonzeptes. Frau Bürkl verweist auf das zusätzliche Gymnasium in der Region 10, in Pfaffenhofen. Sie betont, dass es aber kein zusätzliches Gymnasium für nur 1,5 Züge in Ingolstadt geben werde. Mit diesen ca. 17 Mio. Euro für den Ersatzneubau könne das Katharinen Gymnasium so aufgestellt werden, dass man diese 5,5 Züge unterbringen könne. Sie bezweifelt, dass über den Städtetag eine Änderung erfolgen könne, denn dann müssten Gesamtzahlen vorgelegt und das Schulentwicklungskonzept neu aufgerollt werden. Ein solches Genehmigungsverfahren nehme erfahrungsgemäß mehrere Jahre in Anspruch. So lange könne dann nirgendwo weitergemacht werden und es erfolge Stillstand.

Für Stadtrat Dr. Meyer sei die Grundsatzfrage, ob es wirtschaftlich sinnvoll sei, an einem Gymnasium rum zu stückeln, oder ob es eine Chance auf ein neues Gymnasium gebe. Soweit er sich erinnere sei für den Fall, dass es mit dem Zweckverband nichts werde, der Bedarf für ein eigenes Gymnasium in Ingolstadt gegeben. Insofern müsse man sich schon die Grundsatzfrage stellen, was von Seiten des Freistaates förderfähig sei.

Bürgermeisterin Kleine teile durchaus das Unbehagen eines verdichteten Schulhofes und Schulstandortes. Dieses habe sich leider nicht aufgelöst. Sie sei noch nicht vollends überzeugt, dass die Verdichtung dort im Ergebnis auch während der Bauzeit, die auch gleichzeitig eine Schulzeit sei, im Laufe der Zeit gefallen könne. Wenn man eine Förderung für einen Neubau wolle, dann würde Bürgermeisterin Kleine versuchen nochmals ein paar Züge woanders einzusammeln. Auch beim Apian Gymnasium sei man sehr dicht. Weiter verweist sie auf die uralten Bäume die gefällt werden müssten. Sie verweist auf einen Besuch vor einem Jahr beim Katharinen Gymnasium und die Äußerungen der Schüler die Klimaanpassungen vornehmen wollen. Auf dem Dach können die Pflanzcontainer nicht hergenommen werden, da ein Zusatzsaal oder ein Fachraum entstehen solle. Im März erfolgte dann die Aussage, dass man nicht in den Garten könne, weil das weitere Vorgehen noch nicht bekannt sei. Bürgermeisterin Kleine könne dieses Unbehagen durchaus teilen, denn es sei nicht sinnvoll, dass man dort über so viele Jahre eine Baustelle habe. Sie nehme dies zur Kenntnis und merkt an, dass an irgendeinem Punkt das Thema eine Eigendynamik aufgenommen habe.

Das Gymnasialkonzept habe man ausgelegt und sei dann in die Umsetzung gegangen. Das Gymnasium Gaimersheim sei in der Planung und man habe sich für diese 5,5 Züge, für die das Katharinen Gymnasium ausgelegt wurde, auf den Weg gemacht und die Raumprogrammplanung erstellt. Frau Bürkl betont, dass nur schrittweise gearbeitet werden könne. Im Hinblick auf den Denkmalschutz und die Herausnahme von Technik lastigen Räumen habe sich dies als guter Weg bei der Raumprogrammplanung, dargestellt. Dies sei gemeinsam mit den Referaten IV, VI und VII gemeinsam auf den Weg gebracht worden. Zu den Freiflächen teilt Frau Bürkl mit, dass man auf dem Bestandsgebäude des Hämerbaus die Dachflächen wieder zu Aufenthaltsflächen hernehmen und diese begrünen wolle. So handele man nachhaltig und es können auch zusätzliche Aufenthalts- und Pausenflächen in diese Dachfläche integriert werden. So habe es auch Herr Hämer zum damaligen Zeitpunkt vorgesehen. Aktuell seien die Dachflächen aufgrund des sanierungsbedürftigen Zustandes nicht nutzbar.

Auch Stadtrat Lange erfasse ein großes Unbehagen, bei der Schilderung von Stadtrat Dr. Meyer, dass es bereits im Jahr 2006 Sanierungsbedarf gegeben habe. Wenn dies nun wieder alles in Frage gestellt und dann versucht werde, irgendwie einen Weg zu finden, werde im Jahr 2035 immer noch nichts geschehen sein. Stadtrat Lange denke an die vielen Schüler und die Lehrer die dort arbeiten. Bei allen Diskussionen solle die Investition bei Bildung ganz oben stehen. Stadtrat Lange appelliert an seine Stadtratskollegen an die Menschen zu denken, die dies betreffe. Natürlich solle auch an die Bäume gedacht werden. Aber wenn man nun ein weiteres Fass aufmache, warne Stadtrat Lange davor, in dieser Wahlperiode mit den beiden Projekten nicht fertig zu werden. Dies wäre eine Katastrophe für die Bildungslandschaft der Stadt.

Es könne eigentlich nicht mehr mit der Sanierung des Altbaus gewartet werden, so Herr Hoffmann. Man habe sich aber trotzdem mit dem Schulverwaltungsamt zusammengesetzt um zu prüfen, ob man diesen Neubau irgendwie davorschieben könne. Dieser werde auch zwei Jahre Bauzeit in Anspruch nehmen. Die Planungszeit werde von den Schülern nicht bemerkt, aber die Bauzeit von zwei Jahren schon. Herr Hoffmann betont, dass diese Schule keine zehn Jahre mehr im jetzigen Zustand durchhalte. Irgendwann müsse sie geschlossen werden.

Wie gerade angesprochen müsse saniert werden. Stadtrat Wöhrle sehe keine Alternative, denn diese bedeute diese MINT-Räume im Bestand zu sanieren, was sehr aufwendig sei. Man liege dann hier nicht bei 80 Mio. Euro, sondern bei einem höheren Betrag. Vom Bestand oder der Flächenausnutzung des Gebäudes bleibe dies ziemlich gleich.

Stadtrat Witty gehe es ähnlich wie seinem Stadtratskollegen Lange. Obwohl er noch nicht lange Stadtrat sei habe er das Gefühl, dass man sich extrem im Kreis drehe und irgendwie

diesen Kreis bis zu einer Umsetzung komme, nicht mehr verlasse. Eine optimale Lösung werde es nie geben. Aber optimal wäre, wenn damit nun zügig zu beginnen. Stadtrat Wittig appelliert für die Zustimmung dieser Beschlussvorlage.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf den Antrag von Stadtrat Dr. Meyer, nochmals zu klären, ob ein Neubau gefördert werden könne. Sie fragt nach, ob er die Aussage der Ministerbeauftragten für die Gymnasien schriftlich habe.

Frau Bürkl merkt an, dass dies die Ministerialbeauftragte für die Gymnasien in Oberbayern West sei und diese direkt dem Kultusministerium zugeordnet sei. Diese vertrete die Meinung des Kultusministeriums. Eine solche Entscheidung zur Errichtung eines neuen Gymnasiums müsse nicht nur vom Kultusministerium, sondern auch vom Finanzministerium abgesegnet werden. Hier seien mehrere Ministerien bezüglich dieser Förderung betroffen. Frau Bürkl weist darauf hin, dass aktuell ein neues Gymnasium mit 1,5 Zügen nicht gefördert werden.

Wie bereits erwähnt sei dies für Stadtrat Dr. Meyer eine Grundsatzfrage, ob es einen Ausschluss für Neubauten gegenüber der alleinigen Option von Erweiterungen gebe.

An Stadtrat Dr. Meyer gewandt merkt Stadtrat Dr. Schuhmann an, dass diese Klärung viel Zeit in Anspruch nehme und einer Genehmigung vorausgesetzt, sei immer noch die Standort-, bzw. die finanzielle Frage zu klären. Dies könne nicht um weitere Jahre verzögert werden.

Stadträtin Leininger wisse, dass die Beratungen abgeschlossen seien. Sie stellt den Antrag zur Grundstücksprüfung.

Bürgermeisterin Kleine stellt den Prüfungsantrag von Stadtrat Dr. Meyer und Stadträtin Leininger zur Abstimmung: „Für das Katharinen Gymnasium soll nochmals geprüft werden, ob es eine Förderung für einen Neubau und gegebenenfalls ein Grundstück gebe“.

Frau Bürkl ergänzt, dass nicht nur angefragt werden könne, dass ein Erweiterungsbau gegenüber einem Neubau favorisiert werde, sondern dass die Stadt Ingolstadt das gesamte Gymnasialkonzept vorlegen müsse. Dies werde dann vom Kultus- und vom Finanzministerium beurteilt. Hier gehe es dann nicht mehr nur mit einzelnen Anfragen.

Abstimmung über den Prüfantrag von Stadtrat Dr. Meyer und Stadträtin Leininger:

Für das Katharinen Gymnasium soll nochmals geprüft werden, ob es eine Förderung für einen Neubau und gegebenenfalls ein Grundstück gebe.

Der Prüfantrag wird gegen zwei Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über die Verweisung des Antrags zurück in die Fraktionen:

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag V0611/24:

Gegen 2 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.